



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden
Raum 5.027

☎ (030) 227.737 50

📠 (030) 227.762 50

✉ mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

☎ (030) 720 13 884

📠 (030) 720 13 994

✉ mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Mechthild Rawert, MdB

Junge Islam Konferenz – Deutschland

08. März 2013, Bundeshaus des Bundesministerium des Inneren

1. Meine zentrale Position zum staatlich-muslimischen Dialog

Die Deutsche Islamkonferenz als ein Ort des Dialoges auf Augenhöhe soll Teil der Willkommens-, Anerkennungs- und Akzeptanzkultur werden.

2. Position von der SPD zur DIK

Die Deutsche Islamkonferenz als Dialogforum ist der Ort, wo sachlich und fachlich über bessere Partizipation von Musliminnen und Muslime in Deutschland diskutiert werden soll. In diesem Sinne kann die Deutsche Islamkonferenz Teil einer Willkommens-, Anerkennungs- und Akzeptanzkultur werden.

Ich begrüße, dass sich die Deutsche Islamkonferenz mit dem Thema der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit befasst. Hier geht es um mehr Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung für Musliminnen und die Abschaffung von Diskriminierungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und um mehr Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung für Musliminnen.

Die DIK kann über zusammenhängende/nicht zusammenhängende Aspekte wie z.B. Religionszugehörigkeit und vermeintliche „Herkunftsnationalität“, die bei „den Deutschen“ häufig vermischt und von „den Betroffenen“ häufig als Diskriminierung erlebt wird, aufklären:

Eine Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit GmbH zeigt, dass BewerberInnen mit türkischem Namen bei Stellen für hochqualifizierte Bewerber insgesamt 14 Prozent weniger positive Antworten erhielten. Noch dramatischer ist nach den Ergebnissen der Studie die Ungleichbehandlung in kleineren Unternehmen ausgeprägt. Dort hatten BewerberInnen mit einem türkisch klingenden Namen um 24 Prozent geringere Chancen auf ein Vorstellungsgespräch.

Deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge in unserem Antrag „Neue Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt“ vorgelegt. Wir fordern anonyme Bewerbungen, um Diskriminierung abzubauen. Mehr Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote müssen auf MigrantInnen zugeschnitten

werden. Auch in den JobCentern fehlt eine spezifische Förderung von Migranten. Für eine effektive Jobvermittlung sollte der Anteil an Beratungsfachkräften mit Migrationshintergrund (jetzt drei Prozent) erhöht werden; auch interkulturelle Schulungen sind geboten.

Die Deutsche Islamkonferenz kann durch ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag leisten, islamfeindliche Einstellungen und Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft abzubauen. Dazu bedarf es der Offenheit aller AkteurInnen. Wenig hilfreich ist die Überfrachtung der Deutschen Islamkonferenz mit sicherheitspolitischen Überwägungen.

3. Was würden Sie bzw. Ihre Partei konkret empfehlen für den staatlich-muslimischen Dialog auf Bundesebene nach September 2013?

Die Deutsche Islamkonferenz als Dialogforum muss weitergeführt werden. In diesen Dialog sollten alle relevanten muslimischen Verbände eingebunden werden. Dazu bedarf es der Offenheit aller AkteurInnen. Ob das Bundesministerium des Innern zukünftig der richtige Ort für die institutionelle Verankerung sein soll, ist zu überprüfen. Damit die Deutsche Islamkonferenz Ausdruck einer Willkommens-, Anerkennungs- und Akzeptanzkultur wird, muss sie weiter mit Leben gefüllt werden. Aus meiner Sicht sind Themen, wie Geschlechtergerechtigkeit, Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, aber auch Islamfeindlichkeit wichtige gesellschaftliche Aktionsfelder.

Die Deutsche Islamkonferenz hat Ausstrahlungskraft. Ich begrüße es, dass Christian Ude in Bayern eine Islamkonferenz plant.

Prägung des Umfeldes der Lebenswelten

1. Politik mit allen für alle auf Augenhöhe
 - Empowerment, Teilhabe, Partizipation
 - Nichts ohne uns über uns
2. Heimat schaffen - dauerhafte Aufenthaltsperspektive schaffen
 - Doppelte Staatsbürgerschaft bzw. Mehrstaatlichkeit einführen
 - Abschaffung des Optionsrechts
 - Kommunales Wahlrecht für AusländerInnen
 - (Asyl- und Flüchtlingspolitik)
3. „Ich schäme mich für unseren Rechtsstaat“ - es gilt: Rechtsstaatlichkeit für alle sicherstellen
 - Konsequente Ahndung der NSU-Morde und Sanktionen bzw. Neustrukturierung im Verfassungsschutz und bei der Polizei
 - Schaffung vertrauenswürdiger Strukturen
4. Schaffung partizipativer Strukturen im Wohnumfeld (Beispiel: Programm Soziale Stadt)
5. Persönliche Aufstiegsperspektiven durch Bildung erfahrbar machen
 - Bildungsorientierung durch Bildungserfolge verdeutlichen
 - Anerkennung von Qualifikationen (aus dem Ausland)
 - Rechtsansprüche auf Programme der 2./3. Chance
6. Hinterfragung der Geschlechterrollen- als auch Familien-Stereotype
7. Aktive Anti-Diskriminierungs- und Anti-Rassismusbearbeitung

Heidi Rauer